

Ganztagsschulen: Eltern kämpfen um Vorzeigeprojekt

Volkspetition, Demo und Anhörung im Schulausschuss. Nach Senatsplänen sollen 220 Lehrerstellen wegfallen.

Peter Ulrich Meyer

Hamburg. Der Protest engagierter Eltern und Lehrkräfte gegen die vom rot-grünen Senat geplanten Sparmaßnahmen bei den gebundenen Ganztagsgrundschulen weitet sich aus. Eine Volkspetition hat das Ziel, die Kürzungen zu stoppen. Am kommenden Mittwoch wollen zahlreiche betroffene Väter und Mütter die Auswirkungen der Sparpläne auf die Arbeit der Schulen bei einer öffentlichen Anhörung im Schulausschuss der Bürgerschaft den Abgeordneten praxisnah schildern. Hamburgs Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) sieht sich außerdem massiver Kritik ausgesetzt, auch wegen der Kürzungen bei der Schulbegleitung und der geplanten Erhöhung der Basisfrequenzen vor allem an den Gymnasien.

Darum geht es: Mehr als ein Drittel der 226 Grundschulen und Grundschulabteilungen – 87 Standorte mit rund 26.000 Schülerinnen und Schülern – sind gebundene Ganztagsschulen (GTS). Der Schultag von 8 bis 16 Uhr ist an diesen Schulen rhythmisiert, das heißt, es gibt wechselnde Phasen von Unterricht, Betreuung und Erholung, im Gegensatz zum klassischen Ganztag mit der Trennung in Unterricht bis 13 Uhr und Betreuung danach (GBS = Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen). Fast die Hälfte der GTS-Schulen hat den niedrigen Sozialindex 1 oder 2 mit einem hohen Anteil von Kindern, die unter anderem von Armut betroffen sind.

Die gebundenen Ganztagsgrundschulen gelten als Erfolgsmodell, weil Lehrkräfte, Erzieherinnen und pädagogisch-therapeutisches Fachpersonal eng zusammenarbeiten. An den GTS-Schulen sind Lehrerinnen und Lehrer auch an Betreuungsaufgaben beteiligt, wie zum Beispiel bei den Hausaufgaben, und halten so engeren Kontakt zu ihren Schülern. Und genau da, bei den Lehrkräften, setzen die geplanten Sparmaßnahmen des Senats an.

Vom Schuljahr 2027/28 an sollen die Lehrerinnen und Lehrer ausschließlich für den Unterricht eingesetzt werden und nicht mehr für Betreuungsaufgaben. Dadurch sollen schrittweise 220 Lehrerstel-



Eine Lehrerin unterhält sich mit einer Schülerin: Zum Konzept der gebundenen Ganztagsschulen in Hamburg gehört es, dass Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler bei den Hausaufgaben im Rahmen der Lernzeit in der Schule unterstützen.

FatCamera/Getty Images

len wegfallen und durch kostengünstigere Erzieherstellen ersetzt werden. Wenn die Umstellung alle vier Grundschuljahrgänge durchlaufen hat, beläuft sich die strukturelle, also dauerhafte Einsparung nach Berechnungen der Schulbehörde auf 16,5 Millionen Euro jährlich.

Kürzungen greifen ins „pädagogische Fundament“ ein

Die Rhythmisierung des Schultags wird nach der Umstellung kaum mehr möglich sein, und deswegen sehen die betroffenen Schulen das GTS-Konzept als existenziell bedroht an. „Diese Kürzung ist keine bloße haushalterische Anpassung. Sie greift in das pädagogische Fundament, die Schulkonzepte und die Schulkulturen der GTS-Schulen ein“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Schulleitungen von mehr als 50 GTS-Schulen.

Die Schulen hätten „über Jahre tragfähige Konzepte für unsere Schülerschaft entwickelt“, heißt es weiter, „in denen Vormittag, Nachmittag, Unterricht, Lernzeiten, Förderung, Freizeit, soziale Bildung und außerunterrichtliche Angebote als ein zusammenhängender, kindgerecht rhythmisierter Schultag gestaltet werden“. Die Stärke des Modells liege „in der verbindlichen Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams“.

Thomas Pachnio, Vater von drei Kindern, die die Max-Brauer-Schule in Altona besuchen, hat die Online-Petition „Keine Sparmaß-

nahmen zulasten Hamburgs Schulkinder“ gestartet, die bislang mehr als 15.000 Menschen unterzeichnet haben. „Hamburg gilt bundesweit als Vorreiter in der schulischen Ganztagsbildung und Inklusion. Diese Position ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Investitionen und pädagogischer Aufbauarbeit. Genau dieses Fundament steht nun durch aktuelle Sparpläne der Bildungsbehörde auf dem Spiel“, heißt es in der Petition und weiter: „Jahrelang gewachsene pädagogische Konzepte drohen zerschlagen zu werden. Bildung und Inklusion sind keine freiwilligen Kür-Leistungen, sondern Grundvoraussetzungen für Chancengleichheit.“

Pachnio hat parallel eine gleichlautende Volkspetition ins Leben gerufen, die sich zudem gegen die Kürzungen bei der Schulbegleitung wendet und im Erfolgsfall anders als die Online-Version die Bürgerschaft zum Handeln auffordert. Wenn 10.000 wahlberechtigte Hamburgerinnen und Hamburger die Volkspetition unterschrieben haben, hat ein Vertreter der Petition das Recht, sein Anliegen vor einem Ausschuss der Bürgerschaft vorzutragen. Anschließend befasst sich die Bürgerschaft mit der Petition. „Wir wollen auf diesem Weg den Druck auf den Senat erhöhen, die geplanten Kürzungen nicht umzusetzen“, sagte Pachnio dem Abendblatt.

Die Elternkammer unterstützt die Petitionen. „Wir haben uns als

Elternkammer klar gegen Kürzungen ausgesprochen, die zulasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Wir erwarten Verlässlichkeit bei der Schulbegleitung, ausreichende Ressourcen an unseren Schulen, echte Beteiligung und die klare Priorität, Bildung und Teilhabe nicht Sparvorgaben unterzuordnen“, heißt es in einem aktuellen Beschluss der Kammer.

Elternkammer lehnt Kürzungen ab und unterstützt die Petitionen

Die Elternvertreter kritisieren, dass ihr Gremium nicht vorab über die Kürzungspläne des Senats und der Behörde informiert worden ist. Darin könnte ein Verstoß gegen § 79, Abs. 2 des Schulgesetzes liegen, wonach die Behörde die Kammern „vor Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung rechtzeitig zu beteiligen [hat], insbesondere soweit sie Fragen der Schul- oder Unterrichtsgestaltung, der Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler oder der inneren Ordnung der Schule betreffen“. Im Kammer-Beschluss heißt es dazu außerdem: „Eine Umstellung von solcher Tragweite darf nicht beschlossen werden, bevor ihre personellen und pädago-



Thomas Pachnio hat die Volks- und die Online-Petition gestartet.

Privat

gischen Folgen vollständig geklärt und die betroffenen Schulen beteiligt worden sind.“

Die öffentliche Anhörung im Schulausschuss der Bürgerschaft (Mittwoch, 7. Oktober, 17 Uhr) ist auf Antrag der Fraktionen von CDU und Linken zustande gekommen. Offensichtlich rechnen auch die Parlamentarier mit einer regen Beteiligung: Für Anhörung und Diskussion sind fünf Stunden veranschlagt, und der größte Raum des Rathauses, der Große Festsaal, ist gebucht. Engagierte Eltern planen im Vorfeld der Anhörung eine Demonstration und weitere Aktionen in deren Umfeld.

Der Kreiselternrat (KER) 52 (Alstertal/Walddörfer) hat eine umfangreiche, online abrufbare Präsentation („Unser Ganztag steht auf dem Spiel“) zu den Auswirkungen der geplanten Streichungen der 220 Lehrerstellen erarbeitet. „Statt begleitetem Üben mit einer Lehrkraft gibt es künftig Aufsicht beim Abarbeiten. Was dort nicht fertig wird, landet am Küchentisch. Ob das gelingt, hängt davon ab, ob abends jemand Zeit hat, ob es einen ruhigen Platz gibt, ob die Sprache reicht und ob Nachhilfe bezahlbar ist“, heißt es unter anderem in der Präsentation.

Engagierte Eltern planen vor der Anhörung eine Demonstration

Ein weiterer Punkt: „Musik, Werkstatt, Naturwissenschaften, Schülerzeitung und zusätzliche Sportangebote: heute kostenfrei in der Schule, finanziert aus den

Honorarmitteln. Ab 2028/2029 gibt es dafür keinen Ansatz mehr, und Kooperationen mit Vereinen sind aus der Betreuung zu bezahlen. Wer es sich leisten kann, kauft privat zu.“ Die Elternvertreter fragen sich außerdem, ob es überhaupt genug Erzieherinnen und Erzieher gibt, die die Betreuung der Schülerinnen und Schüler übernehmen sollen.

„Wir machen das alles ehrenamtlich und mit Kindern unter zehn Jahren, viele von uns arbeiten Vollzeit. Wir zoomen abends, wenn die Kinder schlafen, bauen nachts Websites und sammeln am Wochenende Unterschriften auf Papier. Das alles müssten wir nicht tun, wenn die Behörde uns von Anfang an beteiligt hätte. Wir haben die Auswirkungsanalyse erstellt, die die Behörde uns seit Juli schuldig ist“, sagen Linda Kursun und Steffen Weißhuber, Mitglieder der Elternkammer und Vorstände des KER 52, sowie Laura Louise Brunner, Elternratsvorsitzende der Ganztagsgrundschule Sternschanze.

Dem Abendblatt liegen mehrere Schreiben besorgter Eltern vor, deren Kinder eine gebundene Ganztagsgrundschule besuchen. Carolin Genreith, Mutter eines Drittklässlers der Theodor-Haubach-Schule (Altona), nimmt in einem Brief an den Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) Bezug auf die für Deutschland negativen Ergebnisse der aktuellen Pisa-Studie, die den Leistungsstand der 15-Jährigen getestet hatte. „Rund jede und jeder Dritte verfehlt im Rechnen und beim Lesen das Mindestniveau. Vor allem aber ist die soziale Schere weiter aufgegangen“, schreibt Genreith.

In den Naturwissenschaften lägen Jugendliche aus dem obersten ökonomischen und sozialen Viertel 125 Punkte vor denen aus dem untersten Viertel – im OECD-Durchschnitt seien es nur 85 Punkte. „Die Grundschule legt die Grundlage, und diese Lücke schließt man nicht, indem man Lernzeit und Förderung aus der Schule abzieht und dem Elternhaus überlässt. Man schließt sie mit verlässlicher Lern- und Förderzeit – also mit genau dem Ganztag, um dessen Lehrkräfteanteil es jetzt geht“, schreibt die Mutter.

„Besonders besorgniserregend finde ich, dass Lernen und Förderung wieder stärker vom Elternhaus abhängig würden. Nicht jede Familie kann nachmittags beim Lernen unterstützen, einen ruhigen Arbeitsplatz bieten oder Nachhilfe bezahlen“, heißt es in dem Brief weiter. Eine inhaltliche Antwort hat Carolin Genreith nicht erhalten.

Hamburg erwartet Trendwende bei Schülerzahlen für 2029

An den Grundschulen steigt die Zahl schon nicht mehr. Freie Lehrerstellen zeigen, wie drastisch sich die Personalsituation verändert hat.

Fortsetzung von Seite 1

Insgesamt waren seit 2016 rund 10.800 neue Lehrkräfte an Hamburgs Schulen eingestellt worden. Fertig werdende Junglehrer verweist die Schulbehörde an Schleswig-Holstein und Niedersachsen, mit denen man die Zusammenar-

beit in dieser Sache intensiviert habe. „In diesen Ländern besteht weiterhin ein hoher Bedarf an Lehrkräften, sodass sich der Blick über die Landesgrenzen für Sie lohnen kann“, rät Altenburg-Hack in seinem Schreiben den Referendaren.

Dazu soll es im November eine Informationsveranstaltung im Zentrum für Lehrkräftebildung Hamburg (ZLH) geben, auf der die beiden Nachbarländer Hamburgs ihre jeweiligen Einstellungsmöglichkeiten sowie mögliche Einsatzorte und -regionen vorstellen. In ihrer gemeinsamen Kabinettsitzung Ende September hatten

Hamburg und Schleswig-Holstein die Kooperation in dieser Sache gerade auch förmlich beschlossen.

Hamburgs Schulen waren auch ins laufende Schuljahr 2026/27 erneut mit einer Rekordzahl gestartet: An den allgemeinbildenden Schulen werden 2026/27 so viele Schülerinnen und Schüler unterrichtet wie seit 45 Jahren nicht mehr. Insgesamt rechnet die Schulbehörde an Hamburgs Schulen mit 254.420 Kindern und Jugendlichen – 3310 mehr als im Vorjahr.

Doch die Trendwende zeichnet sich deutlich ab: „Die Anzahl der Schüler und Schülerinnen an Hamburgs Schulen steigt aktuell

noch weiter an, stagniert aber an den Grundschulen“, sagte Bekeris bei der Vorstellung im August. Angesichts des deutlichen Geburtenrückgangs und des abnehmenden Zuzugs nach Hamburg werde die Gesamtzahl zwar zunächst auf hohem Niveau bleiben, spätestens nach 2029 aber abnehmen. „Diese Entwicklung haben wir sowohl bei der Einstellung von Lehrkräften als auch beim Schulbau im Blick“, sagte die Senatorin.

Nach Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz steigt die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hamburg von aktuell 225.630 bis zum

Höchststand 2029 mit 228.350 auf nur noch 212.090 Schüler im Jahr 2040. Die Zahl der Berufsschüler steigt bis 2030 und geht dann ebenfalls zurück.

Wenn Stellen nachbesetzt werden, kommen zuerst Lehrkräfte zum Zug, die schon im Dienst der Hansestadt stehen. „Hamburg wird aber auch weiterhin Lehrkräfte einstellen, u.a. um pensionierte Lehrkräfte zu ersetzen“, sagt Bekeris. Der Einstellungsbedarf bewegt sich ab Ende der 2020er bis Mitte der 2030er in einem voraussichtlichen Rahmen von jährlich im Schnitt rund 600 unbefristeten Einstellungen.

Wie drastisch sich die Personalsituation verändert hat, zeigt ein Vergleich der Lage nur in den vergangenen Jahren: Zu Schuljahresbeginn 2026 waren an den staatlichen Schulen in Hamburg 33 Stellen ausgeschrieben, darunter nur vier für Lehrkräfte. 2023 hingegen waren zu Beginn des Schuljahres 268,09 Vollzeitstellen an den staatlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen nicht besetzt. Damals – und in den Jahren zuvor – Physik, Informatik, Mathematik, Chemie, Musik, Kunst, Sport und Theater/Darstellendes Spiel als die Fächer, in denen der Lehrermangel am größten war. *inga*